

Dem Entsetzen eine Stimme geben

Flüchtlingspolitik Der Freundeskreis Asyl Kirchberg fordert in einem offenen Brief an die Landtagsabgeordneten, dass die Regierung die Abschiebungen nach Afghanistan aussetzt. *Von Jens Sitarek*

Der Freundeskreis Asyl Kirchberg ist entsetzt darüber, dass sich die Landesregierung von Baden-Württemberg an den von der Bundesregierung gewollten Abschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan beteiligt – und darum hat er einen offenen Brief an die Landtagsabgeordneten geschrieben. Der Brief beginnt übrigens mit dem obigen Satz, ging gestern raus und ist von Bernard Cantré, Pfarrer Alfred Holbein und Hildegard Steiner unterzeichnet.

„Wir wollen die Landesregierung unter Druck setzen“, so sagt es Cantré. Es müsse was passieren, findet nicht nur er. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR habe mehrfach auf die sich ständig verschlechternde Sicherheitslage hingewiesen, und auch das Auswärtige Amt spreche unverändert Reisewarnungen aus, heißt es in dem Brief weiter. Die Kirchberger fordern von den Landtagsabgeordneten, „dass sie die UNHCR-Einschätzung anerkennen und darauf drängen, dass die Landesregierung Abschiebungen nach Afghanistan aussetzt“. Andere Bundesländer hätten dies auch getan.

Auslöser für den Brief ist die Abschiebung des Flüchtlings Jamshid Heydari aus dem Landkreis Schwäbisch Hall Ende Januar nach Kabul (*das HT berichtete*), „wo er weder Verwandte noch Freunde vorfindet, da seine Familie vor über fünfzehn Jahren in den Iran übersiedelte“, betont der Freundeskreis in seinem Schreiben. Zudem kritisiert er, dass Heydaris „Integrationsleistungen bei der Entscheidung ebenso wenig berücksichtigt worden sind wie das fehlende soziale Netz in Afghanistan“.

Einzelfall sorgfältiger prüfen

Wenn die grün-schwarzen Koalitionspartner nun vereinbart hätten, jeden Einzelfall sorgfältig zu prüfen, so der Freundeskreis, hieße das doch nur, „dass auf diese sorgfältige Prüfung bisher verzichtet worden ist“. Das zuständige Regierungspräsidium Karls-



Willkommen zurück: Ein aus Deutschland abgeschobener Flüchtling landet Ende Januar in Kabul.

Foto: Wakil Kohsar/AFP

ruhe soll künftig vor Abschiebungen prüfen, ob eine der folgenden Ausnahmen zutrifft: dass ein Flüchtling gut integriert ist, schon länger in Deutschland lebt, eine Ausbildung macht oder für seinen Lebensunterhalt selber aufkommt.

„Zu dieser Prüfung wären die Behörden auch ohne einen solchen Kompromiss schon immer verpflichtet gewesen, wenn sie Asyl- und Flüchtlingsrecht ernst genommen hätten“, betont der Freundeskreis in seinem Brief. „Die Aussage von Innenminister Strobl, dass sich weder die Rechtslage noch die Behördenpraxis geändert habe, zeigt, dass ein Umdenken nicht einmal in Ansätzen stattgefunden hat.“ Der Kompromiss nehme hin, „dass die Bundesregierung aus politischen Motiven die von ihr selber in Auf-

trag gegebene Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan durch das UN-Flüchtlingswerk einfach ignoriert“.

Omid Nouripour kommt

Einer, der sich vor Ort ein Bild macht, ist der grüne Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour. Wenn es nach ihm ginge, müsse die Sicherheitssituation neu beurteilt werden. Der außenpolitische Sprecher war gerade in Afghanistan und unterhielt sich mit einigen Abgeschobenen, er kann Dari. Wenn er wieder hinfährt, würde er auch das Gespräch mit Jamshid Heydari suchen, heißt es aus seinem Berliner Büro. Die Sache ist nur die: „In dieser Legislaturperiode wird es wahrscheinlich keine Reise mehr geben.“

Dafür kommt Nouripour am Dienstag, 2. Mai, nach Hohenlo-

he. Der Ort steht noch nicht fest, es wird wohl auf Kupferzell oder Schwäbisch Hall hinauslaufen.

Ein, wenn nicht sogar das Thema steht sicherlich schon fest: Abschiebungen nach Afghanistan.

Kirchberger stehen mit Forderung nicht alleine da

Folgende Mitglieder der beim kreisweiten Konvent am 16. März in Eckartshausen anwesenden Flüchtlingsinitiativen schließen sich der Forderung vom Freundeskreis Asyl Kirchberg an: Andreas Grandič und Hartmut Siebert (Freundeskreis Asyl Schwäbisch Hall), Beate Meier-Lang (Begeleitkreis Birkenhaus, Schwäbisch Hall), Pfarrerin Betty Bayer (Be-

zirksbeauftragte für Asyl und Migration, Kirchenbezirk Schwäbisch Hall), Annette Wörner (Arbeitskreis Diakonie) und Torsten Uhr (Pastor der Gemeinschaftsgemeinde Glocke, Schwäbisch Hall), Walter Gronbach (Freundeskreis Asyl Tübingen), Inge Kaiser und Wolfgang Rupp (Freundeskreis Asyl Crailsheim), Claudia Arndt (Freundeskreis Asyl Gerbronn), Klaus Förster

(Arbeitskreis Asyl Vellberg), Michaela Garmort, Wolfgang Gold, Hannelore Wüstner, Claudia Kern-Kalinke (Kreistag Schwäbisch Hall), Peter Trumpp (Freundeskreis Asyl Illshofen), Pfarrer Markus Götz (Freundeskreis Blauffelden), Andreas Grüb (Freundeskreis Asyl Langenburg) sowie Irmgard Hetzel-Ulshöfer (Freundeskreis Asyl Gaildorf).

js